Artikel vom 28.06.2023 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 17:25 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/richtig-entschieden

Richtig entschieden



LZ-Chefredakteur Detlef Steinert

Die Gewerkschaften wollen den Arbeitnehmern gerade zu einem besonders kräftigen Schluck aus der Pulle verhelfen. Bis zu 12 % Lohnsteigerungen sollen es zum Beispiel bei den Eisenbahnern sein. Die Mindestlohnkommission hat sich von der Welle nicht überrollen lassen und eine moderate Erhöhung beschlossen.

Haben die Menschen kein Geld in der Tasche, können sie sich auch nichts leisten. Wenn sie sich nichts leisten können, kaufen sie nichts. Dann bleiben manche Anbieter auf ihren Waren sitzen. Weil sie zu teuer sind. Weil andere billiger sind. Oder einfach, weil diese Produkte nicht unbedingt lebensnotwendig sind. Was folgt daraus? Mehr Geld in den Taschen der Mitbürgerinnen und Mitbürger ist gut für die Unternehmen, die Waren oder Dienstleistungen herstellen oder anbieten. So vereinfacht sieht es die Logik von Gewerkschaftsvertretern. Und die vertreten diese Auffassung umso vehementer, je stärker die Preissteigerungen ausfallen.

Wir alle erleben es seit Monaten. Die Inflation sorgt für immer höhere Kosten und frisst die Kaufkraft auf. Daher wollen Arbeitnehmervertreter in den Tarifverhandlungen möglichst viel für ihre Klientel heraushandeln. 12 % oder mindestens 650 € mehr verlangt etwa eine der beiden Eisenbahnergewerkschaft zurzeit und droht mit Streiks. Davor wurde schon monatelang verhandelt. Man darf gespannt sein, ob sich die Bahnführung von diesen Muskelspielen beeindrucken lässt. Sie ist dabei durchaus in einer Zwickmühle. So muss sie an die Interessen des Eigentümers, in dem Fall des Staats, also der Bürgerinnen und Bürger, denken – aber gleichzeitig arbeitet ein Teil selbst bei ihr; als staatliches Unternehmen muss sie aber genauso bedenken, dass jeder Euro mehr erst einmal verdient sein muss. Ob das nach Einführung des 49-€-Tickets und im Angesicht eines enormen Investitionsstaus so leichtfällt, darf getrost bezweifelt werden. Es sei denn, eine Lohnerhöhung in dieser Größenordnung wird am Ende nicht selbst erwirtschaftet, sondern aus dem Staatshaushalt zugeschustert und damit von jedem Steuerzahler mitgetragen.

Private Betriebe haben diese Möglichkeit nicht. Für sie bedeutet jede Lohnerhöhung höhere Kosten, die an anderer Stelle wieder aufgefangen werden müssen. Deshalb ist es gut, dass sich die Mindestlohnkommission vor wenigen Tagen nicht dem Druck von Arbeitnehmervertretern, aber auch aus dem Regierungslager nicht gebeugt hat, sondern eine moderate Anhebung auf 12,42 € statt 13,50 € oder gar 14,00 € beschlossen hat. Gut ist das in zweifacher Hinsicht. Denn es geht schließlich nicht nur um das unterste Lohnsegment, das vor allem unqualifizierte und fachfremde Kräfte umfasst. Jede Erhöhung für diese Gruppe zieht unweigerlich nach sich, dass auch die höheren Lohngruppen angepasst werden müssen. Schließlich ist ein spürbarer Lohnabstand zwischen unqualifizierten und besonders qualifizierten Kräften unabdingbar für die Motivation und die langfristige Mitarbeiterbindung.

Gerade in Zeiten, in denen sich gute Kräfte aussuchen können, wem sie ihr Können und ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, ist es eine der wichtigsten Unternehmeraufgaben, bewährte Kräfte zu halten und sich attraktiv für neue zu machen. Da spielen zwar auch andere Maßnahmen eine wichtige Rolle, wie wir schon vor wenigen Wiochen an dieser Stelle ausgeführt haben. Aber der Lohn bleibt gerade in Zeiten der Teuerung ein Hauptargument.

Allerdings: Wenn der Staat will, dass Mitbürgerinnen und Mitbürger mehr Geld in der Tasche haben, dann dürfen gerade Regierungsvertreter nicht nur in die eine Richtung schielen. So wie etwa Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. Der hatte schon vor Wochen unverhohlen an die Mindestlohnkommission Forderungen für einen noch höheren

Mindestlohn gerichtet. Wenn der Staat will, dass mehr Geld in den Taschen seiner Bürgerinnen und Bürger ankommt, muss er genauso an die Unternehmerinnen und Unternehmer denken. Die sind als Privatpersonen ebenso Konsumenten wie alle Arbeitnehmer. Sie sind aber auch Investoren, die an anderer Stelle Geld ausgeben. Mehr Geld in den Taschen aller ist daher der Weg, um der Wirtschaftsleistung auf die Sprünge zu helfen. Der Staat sollte dafür auch seine eigene Verantwortung überprüfen, wie viel Geld den Menschen bleibt. Überbordende Abgaben- und Steuerlasten schöpfen zunehmend Kaufkraft ab. Hier sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Regierung gemeinsam in die Pflicht nehmen. Davon haben beide Seiten etwas, von ständigen Lohnanpassungen dagegen nicht.